

Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

3. November, Leipzig, Marriott Hotel



Beschluss:

Wir wollen Essen für unsere Kinder, das wir essen wollen: regionale Qualität statt Massenproduktion

Viele Kinder verbringen einen Großteil ihres Tages an Schulen oder in Kindertagesstätten. Sie haben ein Recht auf ausgewogene Versorgung mit gesundem Essen, ausreichend Trinkwasser, frisch zubereitete Gerichte sowie Obst und Gemüse. Gesunde Ernährung, angenehme Essensräume, Zeit für die Mahlzeiten und gute Lernbedingungen gehören in Schulen und Kitas zusammen. Das steigert nicht nur die Lernfähigkeit der Kinder sondern dient auch der Vorbeugung gegen ungesunde Ernährungsmuster. Für Kinder ist es wichtig frühzeitig und umfassend Wertschätzung für frisches und gesundes Essen zu entwickeln, die Besonderheiten saisonaler und regionaler Produkte kennenzulernen sowie die globalen Auswirkungen unterschiedlicher Ernährungsstile zu erfahren. Schulen und Kitas sind dafür geeignete Lernorte, besonders für die Kinder, die von Zuhause keine gemeinsamen, selbst gekochten Mahlzeiten kennen. Das Thema gesunde Ernährung und eigenständige Zubereitung muss im sächsischen Bildungsplan und in den sächsischen Lehrplänen gestärkt werden, denn Essen ist Bildung. Außerdem brauchen wir eine neue Essenskultur bei der Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich seit langem in Bund und Ländern für eine gesunde Schul- und Kitaversorgung ein. Wir setzen auf verbindliche Qualitätsstandards flächendeckend in allen Einrichtungen. Wir wollen lange Warmhaltezeiten von Mittagessen vermeiden, denn sie sorgen dafür, dass vitamin- und nährstofffreie Mahlzeiten serviert werden. Wir wollen regionale Versorgungsstrukturen stärken, indem die Schulen und Kitas bei Anbieterwechsel im Rahmen der Vergabe auf regionale Anbieter mit regionalen Zulieferern setzen. Und wir wollen die Förderbedingungen des Landes prüfen, damit bei Schulneubau die Einrichtung von Vollküchen wieder gefördert werden kann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern deshalb:

1. Verbindliche Mindestqualitätsstandards. Träger von Schulen und Kindertagesstätten müssen die qualitativ hochwertige Essensversorgung aller Kinder gewährleisten. Deshalb sollen alle Caterer mit Neuverträgen die kommunal betriebene oder von der Kommune geförderte Kindertagesstätten und Schulen beliefern, mindestens nach den Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) zertifiziert sein. Bei Neuausschreibung oder Verlängerung sind Altverträge anzupassen. Förderrichtlinien und Satzungen der kommunalen Träger sind entsprechend zu überarbeiten. Die

finanzielle Unterstützung durch das Land bei der Zertifizierung kleinerer Anbieter ist zu überprüfen, damit regionalen Produzenten die Marktteilnahme ermöglicht wird.

2. Stärkung von regionalem und saisonalem Essen aus biologischem Anbau und aus nachhaltiger Produktion. Die Versorgung mit regionalen Produkten und die Nutzung regionaler Anbieter soll deutlich erhöht werden. Der Markt für Schulverpflegung darf nicht allein in den Händen weniger überregionaler Großversorger bleiben. Die Entwicklung regionaler Verarbeitungs-, Vermarktungs- und Belieferungsstrukturen muss über entsprechende Förderschwerpunkte in den Europäischen Strukturfonds und der Gemeinschaftsaufgabe zur Stärkung der Agrarstruktur gestärkt werden.

3. Vegetarisches und veganes Schulessen anbieten. Tierische Produkte verbrauchen Ressourcen: Wasser, Anbaufläche und Weideland. Die ökologischen Folgen der Viehwirtschaft und die Subventionierung des Tierproduktkonsums auf Kosten von Umwelt, Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit müssen soweit wie möglich vermindert werden. Deswegen streben wir an, dass täglich ein breites und ausreichendes Angebot an vegetarischen und veganen Mittagessen an jeder Schule und jeder Kindertagesstätte in Sachsen bereitgestellt wird.

4. Prüfung der Errichtung von Vollküchen und Frischeküchen. Es mangelt in Sachsen an Frischeküchen, die Mahlzeiten oder Komponenten frisch in den Schulen zubereiten können, auch weil viele bestehende Strukturen in den letzten Jahren aufgrund von Einsparungsmaßnahmen abgebaut wurden. Wir fordern die Förderbedingungen des Freistaats so zu ändern, dass Produktionsküchen oder Vollküchen in Schulen insbesondere bei Neubauvorhaben gefördert werden können. Geplante Kindertagesstätten- und Schulsanierungen sind daraufhin zu überprüfen, ob wieder Vollküchen einbaubar sind, die zukünftig auch an Caterer vermietet werden können.

5. Neue Esskultur an Kitas und Schulen. Mittagessen und Pausen dienen der Lern- und Leistungsfähigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die kommunalen Schulträger auf, in ihren Schulen für ausreichende Pausenzeiten sorgen. Für Essensausgabe, Sitzplatzsuche, Einnahme des Essens, Abräumen und Pflege sozialer Kontakte muss ausreichend Zeit zur Verfügung stehen. Die kommunalen Schulträger fordern wir auf, Speiseräume zur Verfügung zu stellen, in denen sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen. Neben Sauberkeit ist auch auf eine kinder- und jugendgemäße Einrichtung sowie auf genügend Helligkeit zu achten. Speiseräume gehören nicht in den Keller. Bei Neubau oder Sanierung von Speiseräumen streben wir eine Zertifizierung über die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) an.

6. Gesunde Ernährung als Bildungsauftrag. Die Ernährung, globale Zusammenhänge verschiedener Ernährungsstile, die Zubereitung von Lebensmitteln sowie die Esskultur müssen von klein auf gelernt werden. Deshalb müssen sie einen größeren Stellenwert im sächsischen Bildungsplan

und den Lehrplänen bekommen. Wir sehen darin auch einen Beitrag zur Gesundheitsprävention, gerade mit Blick auf zunehmendes Übergewicht und Fehlernährung von Kindern und Jugendlichen. Gute Ansätze in den pädagogischen Konzepten müssen auch umgesetzt werden können. Dazu fehlen nicht nur Kitaerzieher und Erzieherinnen sondern auch Lehrerinnen und Lehrer. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern seit langem die Verbesserung des Personalschlüssels in Kitas.

7. Transparenz und ausreichend Informationen. Viele Eltern fühlten sich während der letzten Epidemie nicht ausreichend informiert. Wir fordern eine lückenlose und frühzeitige Information über Gesundheitsgefährdungen oder Ausweitungen von Krankheitsfällen von Seiten des Trägers und der entsprechenden Einrichtung. Wir fordern außerdem umfassende Transparenz des Essen-anbieters über die Zubereitungsformen, Inhalte der Nahrungsmittel besonders bei tierischen Nahrungsbestandteilen. Es darf nicht sein, dass Eltern und Kinder nicht wissen was auf dem Teller liegt.

8. Verantwortung von Bund und Freistaat ernst nehmen. Die Bundesregierung lässt die Länder und Kommunen allein. Die geringe Förderung der Vernetzungsstellen Schulverpflegung wird weiter abgebaut. Wir brauchen aber die Stärkung der Unterstützungs- und Infrastrukturmaßnahmen für den Ausbau gesunder Kita- und Schulversorgung. Gemeinsam mit der sächsischen Staatregierung muss der Bund die Vernetzungsstellen stärken und zu wirklichen Kompetenzzentren ausbauen.

9. Ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf Mitagessen in Kitas und Schulen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die grundsätzliche Reduzierung der Mehrwertsteuer für die Essensverpflegung von Kindern und Jugendlichen in Schule oder Kita. Die Mittagsversorgung in Schule und Kita soll grundsätzlich nicht höher besteuert werden als Stehimbisse oder Fast Food. Die Unterscheidung zwischen anliefernden Caterern, die für Essensausgabe und Geschirreinigung sorgen (19 % Mehrwertsteuer) und Caterern, die ihr Essen lediglich anliefern, der Träger der Einrichtung die Verpflegungsleistungen jedoch selbst erbringt (7 % Mehrwertsteuer) lehnen wir ab. Wir wollen gesunde Ernährung fördern, die für Eltern bezahlbar bleibt. Deshalb kritisieren wir die im Vergleich zu Imbissständen höhere Besteuerung von Schulessen.

10. Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) finanziell unterstützen. Sechs Bundesländer, darunter der Freistaat Thüringen und das Land Mecklenburg-Vorpommern finanzieren hauptamtlich Landes-Sektionen der DGE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Freistaat auf, dies auch in Sachsen umzusetzen um damit Zertifizierung zu unterstützen, Kontrollen zielgenauer durchzuführen und Ernährungsberatung möglichst flächendeckend anzubieten.